

# BürgerInnenbrief **Mitte**

30. März 2009



**DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

HSH Nordbank +++ Krise: neue Gefahren? +++ Verkehr +++ Wilhelmsburg +++ Schwimmen lernen +++ KIEK MOL

## Zukunft der HSH Nordbank – ein Aprilscherz?



Auf der Bürgerschaftssitzung am 1.4.2009 soll über einen Antrag des Senats entschieden werden, der HSH-Nordbank 3 Mrd. € zusätzliches Kapital und eine Garantie über 10 Mrd. € zur Verfügung zu stellen. Bereits Mitte 2008 hatte die Bank von ihren Eigentümern eine Kapitalspritze in Höhe von 2 Mrd. € erhalten. Das Geschäftsjahr wird gleichwohl mit einem Verlust von 2,8 Mrd. € abgeschlossen. Damit die Bankenaufsicht diese Bank wegen Kapitalmangel nicht schließen kann, soll jetzt erneut eine Eigenkapitalzufuhr von den öffentlichen Eigentümern erfolgen.

Die Koalitionen in Kiel und Hamburg wissen: Die Mehrheit der BürgerInnen hat wenig Verständnis für diese Monopoly-Spiele mit richtigem Steuergeld. Nicht zuletzt mit dieser Begründung ist der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Werner Marnette (CDU) gestern von seinem Amt zurückgetre-

ten: »Ich kann die Maßnahmen zur Sanierung der HSH Nordbank nicht länger mittragen, da sie auch in der Öffentlichkeit und in der Wirtschaft nicht vermittelbar sind. Aus meiner Sicht ist das Management der Krise bei der Landesbank und in der Landesregierung absolut unprofessionell gelaufen.« Marnettes Rücktritt ist konsequent. Leider fehlt anderen Politikern in Hamburg und Schleswig-Holstein ein entsprechendes Verantwortungsbewusstsein. Auch der Finanzsenator Freytag in Hamburg sollte endlich seinen Hut nehmen und die Verantwortung für das Desaster bei der HSH Nordbank übernehmen. Senator Freytag trägt die Hauptverantwortung für das unprofessionelle Krisenmanagement. Freytag hat die Lage zu lange schöngeredet. Er ist als Vertreter des Aufsichtsrates und Hauptverantwortlicher für den Eigentumsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg vollständig für

die Fehlentwicklung und das schlechte Krisenmanagement mitverantwortlich.

Insofern darf auch an der Vorgabe der Politik für die Entscheidung in beiden Landesparlamenten gezweifelt werden: Die HSH Nordbank solle sich neu erfinden. Die strategische Neuausrichtung hat der Finanzausschuss von Experten prüfen lassen. Eine Anhörung dieser Fachleute am 23.3.2009 ergab übereinstimmend: Man müsse die Bank retten – weil sie für die Region und Europa »systemischen« Charakter habe. Also die HSH Nordbank kann sich neu erfinden und die öffentlichen Eigentümer müssen das Geld bereitstellen. Die Bundesaufsicht für Banken tönt ähnlich: »Es gibt jede Menge Alternativen. Die halte ich aber alle für nicht empfehlenswert«, sagte der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin Jochen Sanio. Und er fügte hinzu: Sinke das Kernkapital der Bank unter die aufsichtsrechtlich festgelegte Quote von 4%, müsse die Aufsicht einschreiten und die Geschäfte mit einem Moratorium stoppen – was in der Regel zum Ende einer Bank führe. Diese Vorschriften »möchte ich bei keiner systemisch relevanten Bank in die Hand nehmen müssen«.

Aber – so auch die Mehrheitsmeinung der Experten – das eingesetzte frische Kapital reicht bestenfalls ca. zwölf Monate, dann sind weitere Einschüsse fällig. Folglich müsse die Risikopolitik der Bank den faktischen Entwicklungen angepasst und eine Exitstrategie aufgebaut werden. Die HSH Nordbank ist aber nicht allein – alle anderen Landesbanken haben überwiegend ebenfalls große Verluste. Können sich alle Landesbanken neu erfinden?

Nein! Über Jahre hinweg haben die öffentlichen Eigentümer der deutschen Landesbanken vollmundig von der Notwendigkeit der Konsolidierung gesprochen. Doch die Finanzkrise hat ihre Welt nachhaltig verändert. Politiker und Banker mögen viel darüber philosophieren, mit welchen Rezepten das Vertrauen zurückgewonnen werden kann – in Wirklichkeit haben sie selbst keine.

Landesbanken wachsen nicht zusammen ohne Risikoschirme für Altlasten. Der Bund hilft nicht, wenn die Kapitaldecke zu dünn ist – und die ist zu dünn, solange die Risiken nicht weg sind. Und die verschwinden nicht, weil so mancher Eigentümer genug hat von immer neuen Finanzspritzen und Garantien und den Bund im Boot sehen möchten. Wo soll da eine schnelle Lösung herkommen?

Landesbanken sind unter Fachleuten bereits seit 2007 ein Reizthema. Wenn Vorstände und Aufsichtsräte der Kommunalbanken unter sich sind, wird heftig geschimpft über das Missmanagement der Manager wie der früheren Staatsregierungen. Jetzt hat erstmals Harald Strötgen, Chef der Münchner Stadtparkasse, diese Kritik auch öffentlich geäußert: »Wir sind skeptisch, ob das geplante neue Geschäftsmodell für die Landesbank ausreicht«, Deutschland brauche keine sieben Landesbanken als Ergänzung für die Sparkassen. »Im Prinzip reicht eine Landesbank.«

Aber es ist mehr gescheitert: Die EU-Kommission hat seit Ende der 1990er Jahre nicht nur auf eine Liberalisierung der grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen gedrängt, son-

dern – speziell für Deutschland – auf einen Umbau des Finanzsektors: Abschaffung der Landesbanken mit ihrem System der Gewährträgerhaftung und Privatisierung der Sparkassen. Gescheitert ist also jetzt nicht einfach eine politisch beförderte Ökonomie, die Vermögensblasen als unvermeidliche Phänomene in Kauf nahm, sondern gescheitert ist die neoliberale Gesellschaftskonzeption.

Über Jahrzehnte bestand das Geschäftsmodell der Landesbanken darin, Geld günstig an den Kapitalmärkten aufzunehmen und es in höhere Renditen versprechende Anlagen zu stecken. Die Kapitalaufnahme zu günstigeren Konditionen als für die Konkurrenz war den Landesbanken möglich, weil die öffentlichen Träger – Bundesländer und kommunale Sparkassen – für die Verbindlichkeiten automatisch bürgten. Diese Gewährträgerhaftung verschaffte den Landesbanken an den Kapitalmärkten eine Kreditwürdigkeit, die dem der Bundesländer entsprach. 2001 aber setzten die privaten Banken vor der EU-Kommission in Brüssel durch, dass dieser Wettbewerbsvorteil fällt. Allerdings handelte die Bundesregierung dafür eine lange Übergangsfrist aus.

Seit 1989 plädierten die Sparkassen für die Bildung einer einzigen Landesbank. Denn sie brauchen als Liquiditätssammelstelle und zur Begleitung größerer Firmenkunden an die Börse oder ins Ausland keine sechs großen Landesbank-Konzerne. Den möglichen Ausweg – die Zusammenlegung von Landesbanken – verhinderten die Bundesländer. Sie klebten an ihren Beteiligungen. Fusionen scheiterten an fehlendem Einigungswillen darüber, in welcher Landeshauptstadt der Hauptsitz einer fusionierten Bank sein soll und wo wie viele tausend Arbeitsplätze abgebaut werden. Viel wichtiger als der Umbau der Landesbanken wäre freilich die Verhinderung von deren Beteiligung am internationalen Verbriefungsgeschäft gewesen. Die Landesbanken hatten überwiegend kein tragfähiges Geschäftsmodell, sondern nutzten den Deregulierungsdruck von der europäischen Ebene, um mit enormen Ressourcen in das Kreditersatzgeschäft einzusteigen.

Ich plädiere daher für die Ablehnung des Sanierungskonzepts in Sachen HSH-Nordbank. Es gibt eine praktikable Alternative: die Sanierung im Verbund mit anderen Landesbanken und in Zusammenarbeit mit Bankenaufsicht und den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung SoFFin. Politisch will die Bundesregierung bislang keine gemeinsame Sanierung. Die Länder sollen eingebunden bleiben. Alle etablierten Kräfte haben die Fehlentwicklung des Landesbankenproblems seit 2001 zu verantworten. Die Sozialisierung der Verluste bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne ist politisch nicht zu verantworten.

Unter dem Druck der Krise fordert selbst der Mainstream der Finanzwelt Reformen. Alles wird davon abhängen, wessen Interessen die Reformen bestimmen. Wenn Banker nach Staatsinterventionen rufen, meinen sie die Sozialisierung der Verluste, während die Gewinne in privaten Händen bleiben sollen. Wenn Banker über Reformen reden, meinen sie bruchstückhafte (Re-)Regulierung und kurzfristiges Krisenmanagement – letztlich ist dies der Versuch, die neoliberalen Grundregeln aufrechtzuerhalten.

Im Interesse der Mehrheit der BürgerInnen wird ein grundlegender Paradigmenwechsel gebraucht. Die Alternative: Nach einer umfassenden Verstaatlichung des gesamten Finanzsektors könnte durch politische Entscheidungen ein Verlichtungsprozess von Schulden und Vermögenstiteln organisiert werden, der zum einen den gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung trägt und zudem auch die Vermögensbesitzer an der Abschreibung von Verlusten beteiligt.

Die Idee, von den Anleihebesitzern und Vermögenden Geld zu holen und so die gebeutelten Steuerzahler zu schonen, hat

in der Tat den Hintergrund, dass es um enorme Summen geht. Allein die vier größten US-Banken haben zusammen Anleihen von mehr als einer Billion Dollar ausstehen. Es muss daher künftig auch um die Reduktion der Rückzahlungswerte dieser Anleihen gehen. Nur durch die vorrangige Beteiligung der Investoren an den Verlusten kann zudem sichergestellt werden, dass ausreichend Ressourcen für den unumgänglichen Umbau der Wirtschaft in Richtung einer solidarischen Ökonomie zur Verfügung stehen.

## Die Krise ist da: Es drohen neue Gefahren



Containerumschlag Tollerort

Die Wirtschaftskrise schlägt mit voller Wucht auf den Hamburger Hafen und die regionale Ökonomie durch. Weltweit sind 440 Containerschiffe wegen der gesunkenen Nachfrage ausgemustert. Im Hamburger Hafen sind es zwischen zwölf und 20, einige liegen bereits im Naturschutzgebiet Geltinger Bucht.

Schon jetzt zeigen sich dramatische Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt, Schwarz-grün bleibt trotzdem untätig. Nachdem das Ladungsvolumen im Hamburger Hafen seit Jahresbeginn um rund 30% zurückgegangen ist, gilt für 700 von 1.100 KollegInnen der Gesamthafenbetriebsgesellschaft (GHB) Kurzarbeit. Die GHB versorgt die großen Terminalbetreiber wie die HHLA oder Eurogate bei Bedarf mit qualifizierten Zusatzarbeitskräften. Was sich in guten Zeiten mit zweistelligen Zuwachsraten durchaus als sinnvolle Einrichtung gegen die »hire & fire«-Mentalität der Unternehmen bewährt hat, erweist sich angesichts der schwersten Krise des Kapitals seit 1929 als arbeitsmarktpolitischer Bumerang. So hat die Nachfrage an den GHB-Zeitarbeitern um rund 40% abgenommen. Darüber hinaus sollen die Verträge von 200 KollegInnen nicht verlängert werden, kündigte GHB-Geschäftsführer Jür-

gen Hildebrand an. Vorerst noch schließt er betriebsbedingte Kündigungen in der Stammebelegschaft aus.

Es wird Zeit, dass der Hamburger Senat seine Lethargie aufgibt und endlich Antikrisenmaßnahmen einleitet, die auch etwas bewirken. Die Hamburger Konjunkturoffensive von knapp 600 Millionen Euro für die nächsten beiden Krisenjahre, was pro Jahr ein Volumen von 0,3% der Hamburger Wirtschaftsleistung ausmacht, erweist sich als wirkungslos.

Die gegenwärtig größte, weil zugleich am meisten unterschätzte Gefahr für die Zukunft besteht in einer unkontrollierten Explosion der Arbeitslosigkeit. Mit massivem Beschäftigungsabbau wird dann der Weg in die Depression bereitet. Noch dient Kurzarbeit den Unternehmen als Instrument der Liquiditätssicherung, um vergleichsweise teure Sozialpläne mit Abfindungszahlungen zu vermeiden. In einem länger andauernden Krisenprozess sieht das anders aus. Dann wird die Weiterbeschäftigung zum Substanzproblem des Unternehmens erklärt und der erpresserische Druck auf Sozialpläne und Löhne aufgemacht - der deflationäre Niedergangsprozess mit Entlassungen und Lohndruck nimmt Fahrt auf.



Schauen wir auf die Automobilindustrie, also eine Schlüsselbranche, an der exemplarisch deutlich gemacht werden kann, wohin die Entwicklung führen könnte:

- dort gibt es weltweit Überkapazitäten von über 20%;
- sie ist in der Hand von Konzernen, die darum konkurrieren, welcher Massenproduzent demnächst ins Gras beißt;
- und das inmitten eines strukturellen Umbruchs, in dem sich entscheidet, wie zukunftsfähige Verkehrssysteme ausgestaltet sein müssen.

Die betriebswirtschaftliche Antwort auf die Krise ist: Kostensenkung in der »intelligenten« Variante durch Kooperation und Realisierung von Synergieeffekten (z.B. bei Daimler und BMW, im Fall FIAT/Chrysler scheint es sich eher um den Versuch der US-Marktöffnung für das Turiner Unternehmen zu handeln), in der »konventionellen« Variante durch Werkschließungen. Für den Verkauf von Werken gibt es angesichts der Überkapazitäten keine Interessenten – es sei denn auf Kosten der Stilllegung anderer Standorte (aber selbst für ein hochproduktives Werk wie das von Opel in Eisenach gibt es keinen Käufer).

Sergio Marchionne, Fiat-Chef und Vizepräsident der Schweizer Großbank UBS, kritisiert staatliche Rettungsaktionen für Autokonzerne. Er halte nichts davon, wenn Regierungen marode Autokonzerne wie Opel, Jaguar oder General Motors retten. Das sei pure Geldverschwendung, weil es riesige Überkapazitäten erhalte – von den 94 Millionen Autos Jahreskapazität seien 30 Millionen überflüssig. Weltweit habe die Branche viel zu große Kapazitäten aufgebaut. Sie seien

nur noch zu 67% ausgelastet. Besonders die Europäer hätten immer neue Werke errichtet, ohne alte Fabriken zu schließen. Gleichzeitig habe die Industrie, obwohl die Zahl der Hersteller seit 1964 von 58 auf 22 geschrumpft seien, die Zahl der Modelle von 72 auf 205 gesteigert. Aber die Stückzahlen mancher Modelle seien einfach zu niedrig, als dass sie profitabel produziert werden könnten. Schließlich verschlinge die Entwicklung einer neuen Auto-Plattform eine Milliarde Euro. »Die Industrie ist in keinem gesunden Zustand«, so Marchionne, »jetzt geht es für viele ums Überleben«.

Er erwarte eine Welle von Konsolidierungen. »Nur sechs oder gar nur fünf globale Autokonzerne werden überleben«, sagt Marchionne. Doch anstatt auf eine stärkere Arbeitsteilung hinzuarbeiten, werkten viele vor sich hin. Es gebe Hersteller, die eine eigene Plattform entwickelten, obwohl absehbar sei, dass sie damit nur 200.000 Wagen verkaufen könnten. Dabei sei eine Million Stück pro Plattform heute die Untergrenze. Viele hätten immer noch nicht begriffen, dass 90% des Autogeschäfts wie der Handelsriese Wal-Mart funktionierten, der mit Knowhow im Einkauf und eiserner Kostendisziplin Gewinn mache.

Die Autobranche vernichte seit Jahren Werte, ertrinke in Überkapazität und produziere eine heillose Modellvielfalt. Dennoch würden Regierungen von Spanien über Deutschland, Großbritannien bis USA ihre Autofirmen schützen. »Dann will ich mit Fiat auch unter einen Schutzschirm, weil es der einzige Weg ist, zu überleben«, sagt Marchionne, »entweder man hilft allen Herstellern oder keinem«.

## Mehr Verletzte und Tote im Hamburger Verkehr



»Parke nicht auf unsren Wegen!«

Mit diesen drastischen Worten habe ich eine an den Senat gerichtete Kleine Anfrage überschrieben. Mir geht es um die Auswertung der Ende Februar vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Unfallstatistik 2008 für Hamburg. Ich halte die darin zum Ausdruck kommenden Entwicklungen für alarmie-

rend; sie sind zudem eine schallende Ohrfeige für den grün-schwarzen Senat.

Die bundesweite Zahl der Unfalltoten (4.467) im vergangenen Jahr ist die niedrigste seit 1950 und hat gegenüber 2007 um 9,7% abgenommen. Dagegen ist sie in Hamburg im

Vergleich mit dem Vorjahr um 30% angewachsen. Die Elbmetropole nimmt damit unter den Bundesländern eine traurige »Spitzenposition« ein. Auch die Zahl der Verkehrsunfälle ist hier im vergangenen Jahr um 1,0% auf 10.708 Verunglückte gestiegen, während bundesweit eine Abnahme um 5,5% zu verzeichnen ist. Was ist los in der Stadt? Was für eine Verkehrspolitik wird hier trotz einer Stadtentwicklungs- und damit für den Verkehr zuständigen Senatorin, die aus der GAL kommt, betrieben? Was läuft falsch?

Sicherlich hat die Zunahme der Verkehrstoten und Unfall-opfer in der Stadt die unterschiedlichsten Gründe, deshalb habe ich in der Kleinen Anfrage den Senat auch um Angaben zu den zehn häufigsten Unfallursachen einerseits und der Zahl der verunglückten RadfahrerInnen und FußgängerInnen, Kinder und SeniorInnen andererseits gebeten.

Ohne der Antwort vorweg greifen zu wollen, scheint doch ein Aspekt auf der Hand zu liegen: Nach wie vor steht die Ampel vor allem für den Individualverkehr und die Autos auf grün, während der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) unter zu hohen Fahrpreisen, mangelnden Anbindungen und Taktzeiten etc. leidet. Und es werden in der Verkehrspolitik die falschen Prioritäten gesetzt.

Warum zum Beispiel sind so wenige HamburgerInnen regelmäßig mit dem Fahrrad unterwegs – zumindest im Vergleich mit Städten wie Freiburg oder Kopenhagen? Eine Antwort auf diese Frage könnte lauten: In der dänischen Hauptstadt fließen gegenwärtig rund 20% des Verkehrshaushalts in die Schaffung und Pflege der Radwege (in einigen Jahren soll der Anteil sogar auf 40% ausgeweitet werden), in Hamburg ist es zur Zeit weniger als 1%! Da liegt in der Stadt einiges im Argen und wird bei der praktizierten Prioritätensetzung auch liegen bleiben. Die vielen Nebenstraßen ohne Radwege oder die zugesperrten Radwege sprechen für sich.

Was für die ZweiradfahrerInnen gilt, trifft ebenso auf die andere Gruppe der vermutlich besonders oft zu Schaden kommenden »ungeschützten VerkehrsteilnehmerInnen« zu: die FußgängerInnen. Gerade hat die Landesgruppe des Fachverbandes Fußverkehr Deutschland – der »Fuss e.V.« – eine Studie zum Falschparken in Hamburg vorgelegt. »Die Parkmoral vieler AutofahrerInnen nimmt aufgrund fehlenden Schuldbewusstseins und Unwissenheit immer weiter ab. Da in vielen Stadtteilen von Seiten der Polizei und des Ordnungsamtes leider keine Kontrollen durchgeführt werden, fühlen sich Falschparker in ihrem Verhalten auch noch bestätigt.«

DIE LINKE möchte, dass in der hamburgischen Verkehrspolitik endlich umgesteuert, d.h. eine vor allem an sozialen und ökologischen Prinzipien orientierte Verkehrspolitik betrieben wird. Ein besserer, preiswerter sowie sicherer öffentlicher Nahverkehr würde auch zu einer deutlichen Verminderung der Unfälle im Verkehr führen.

Wer mehr über die Positionen der LINKEN erfahren will, sei auf unsere kürzlich veröffentlichten Eckpunkte einer Verkehrskonzeption für Hamburg verwiesen. Die Broschüre ist in allen Partei- und Abgeordnetenbüros kostenlos erhältlich und auch im Internet auf der Bürgerschafts-Homepage unter [www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de) zu finden.



Die »Globale Finanzkrise« ist umgeschlagen in eine Jahrhundertkrise des Kapitalismus. Schlechte Nachrichten kommen inzwischen nicht mehr nur von den Banken, sondern zunehmend aus der »Realökonomie«. Viele Menschen sind verunsichert über die täglichen Hiobsbotschaften und fragen nach den Ursachen und Folgen – auch für Hamburg. Die gilt es zu verstehen, um Gegenstrategien entwickeln zu können. Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für Hamburg hängen aber nun einmal nicht ganz unwesentlich an der von der HSH-Nordbank verfolgten Geschäftspolitik.

## Das Milliarden-Desaster der HSH-Nordbank

Vortrag von und Diskussion mit Dr. Joachim Bischoff, MdHB für DIE LINKE  
Montag, den 6. April, um 20.30 Uhr  
im Drachenbau-Gemeinschaftsraum in Hamburg-St. Georg,  
Schmilinskystraße 6 (Hinterhof)

Joachim Bischoff wird die aktuelle Entwicklung bewerten und stellt zudem die Thesen aus seinem demnächst erscheinenden neuen Buch zur »Jahrhundertkrise des Kapitalismus« (144 Seiten; 12,80 Euro) vor. Im Anschluss an das Eingangsstatement sind Fragen und Diskussionsbeiträge willkommen.



## »Keine neue Autobahn durch Wilhelmsburg!«

**Nicht mit uns!**

**Keine neue Autobahn !**

**Demo 4.4.**

14:00 Uhr ab Kirchdorf Süd  
Kundgebung 15:30 Uhr Rathaus Wilhelmsburg

**Planen im Dialog JETZT!**

Nicht im Norden, nicht im Süden,  
nicht durch unsere Mitte

Quelle:  
Präsentation der Behörde BSU  
("verlegte Wilhelmsburger Reichsstraße")

V.i.S.d.P.: [www.zukunft-elbinsel.de](http://www.zukunft-elbinsel.de) © März 2009

www.zukunftplan-statt-autobahn.de

Unter der Parole »Keine neue Autobahn durch Wilhelmsburg!« mobilisiert ein ganzer Stadtteil gegen die Pläne der grünen Stadtentwicklungssenatorin, die die jetzt schon mit reichlich Hafen- und Durchgangsverkehr belastete Elbinsel mit weiteren Trassen zupflastern will. Anja Hajduk hat erklärt, die Wilhelmsburger Reichsstraße um einige Hundert Meter an die Eisenbahngleise zu verlegen und sie mal eben von 14 auf 28 Meter zu verbreitern. Bis 2013 soll dadurch eine neue »Bundesstraße« entstehen, die sich schon optisch durch nichts von einer Autobahn unterscheidet. Zum zweiten sieht der Plan der Behörde für Stadtentwicklung (BSU) vor, die seit Jahren umstrittene und von den Grünen bis vor kurzem auch noch bekämpfte »Hafenquerspange« im Süden der Elbinsel neu zu bauen. Sie soll die A1 (Stillhorn) über die Kornweide mit der A26 verbinden. Auch wenn es angeblich keine bzw. nur eingeschränkte Abbiegemöglichkeiten zur Reichsstraße geben soll, auch wenn in bestimmten Streckenabschnitten eine Vertunnelung bzw. ein »Trog« vorgesehen ist, hier und da auch an Lärmwände gedacht wird, bleibt doch der einfache Tatbestand: Es soll eine neue, vierspurige Autobahn quer über die mit gut 50.000 Menschen bewohnte Insel geführt werden.

Erst Anfang März hatte der Senat mit Blick auf ein anderes Verkehrsgroßprojekt zutreffend festgestellt: »Autobahnen

sind grundsätzlich trennende und mit erheblichen Emissionen verbundene Einschnitte. In städtischen Bereichen stellen sie Barrieren dar, durch die städtische Zusammenhänge und Verbindungen nachhaltig unterbunden oder massiv gestört werden.« Doch was für Altona und die A7 vor dem Elbtunnel korrekt beschrieben wird, soll für Wilhelmsburg offenbar nicht gelten.

Besonders empört sind die WilhelmsburgerInnen, weil Senatorin Hajduk auf einer Diskussionsveranstaltung am 18. Februar im Bürgerhaus noch ihre Bereitschaft erklärt hatte, den Dialog fortzusetzen, und nur zwei Wochen später verkündete, dass die Reichsstraßenverlegung und auch die neue Querspange definitiv kommen würden. Das wollen die WilhelmsburgerInnen nicht hinnehmen: »Wenn die bestehenden Instrumente von Bürgerbeteiligung nicht mehr greifen, müssen wir uns darauf besinnen, dass es noch eine weitere Form von Bürgerbeteiligung gibt, um den Entscheidungsträgern auf die Sprünge zu helfen: Das ist der Protest auf der Straße!« (Demoaufruf der Bürgerinitiative »Zukunft Elbinsel«)

Am Samstag, den 4. April, wird also der Protest auf die Straße gebracht, er beginnt um 14 Uhr auf dem Marktplatz in Kirchdorf-Süd, die Abschlusskundgebung ist für 15.30 Uhr vor dem alten Wilhelmsburger Rathaus geplant. »Die Demonstration soll ein kraftvolles Signal« setzen, schreibt Ma-

nuel Humburg, der Sprecher der Bürgerinitiative. »Aber die Demonstration wird auch bunt und munter und lädt Groß und Klein zum Mitmachen ein, mit musikalischer Unterstützung und unter Mitwirkung türkischer Kulturgruppen und von Samba-Trommlern.«

Am Mittwoch, den 15. April, findet dann um 18 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg eine Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses statt, auf der möglicherweise die Senatorin, sicherlich aber der Staatsrat aus der Behörde Rede und Antwort stehen müssen. Auf Antrag von SPD und LINKEN wird

dies eine öffentliche Anhörung zu Wilhelmsburg, d.h. die BürgerInnen können gegenüber dem Senat deutlich machen, was ihre Interessen sind. Die CDU – die gegen eine öffentliche Anhörung votiert hatte (bei der GAL blieb das unklar) – hat durchblicken lassen, dass sie von einem mangelnden Interesse des Stadtteils ausgeht und nur wenige TeilnehmerInnen erwartet. Beweisen wir das Gegenteil und machen die Demonstrationen am 4. April und die Anhörung am 15. April zu machtvollen Bekundungen des Willens der Wilhelmsburger Bevölkerung!

## Schwimmenlernen in Hamburg? Fehlanzeige!



Frei schwimmen – bald nur noch für Reiche?

In dem 1932 von Heinrich Hasperg herausgegebenen Werk über »Ein Jahrhundert Sport in Hamburg« lese ich, dass die Stadt »zu den Geburtsstätten des deutschen Schwimmsports gehört«. Hamburg hätte damals mit der »Wasch- und Badeanstalt Schweinemarkt« (im U-Bahn-Durchgang unter der Steinstraße wird mit einem Mosaik an die nach dem Krieg abgerissene Badeanstalt erinnert) über »die älteste Badeanstalt des europäischen Festlandes« verfügt. »Vor allem gewann der Schwimmunterricht in kurzer Zeit einen solchen Umfang, dass Hamburg in der ganzen Welt voransteht. Keine andere Stadt kann sich rühmen, Jahr für Jahr mehr als je 10.000 Schwimmer und Schwimmerinnen ausgebildet zu haben, davon die meisten als Freischwimmer.«

In der »Bild«-Zeitung vom 27. März 2009 lese ich nun, dass heute über 43% der Hamburger GrundschülerInnen bis zum Ende der vierten Klasse nicht schwimmen lernen, am Ende der sechsten Klasse liegt dieser Anteil bei immer noch 16%. Diese sind Durchschnittsangaben, sie spiegeln die realen Strukturen nur unzureichend wider. Die unsoziale Entwicklung in Hamburg hat auch in Bezug auf das Schwimmen zu extremen Unterschieden geführt: Während in Volksdorf

bis zum Ende der vierten Klasse zwischen 78 und 100% diese überlebenswichtige Grundfertigkeit erlernen, erlangen an den einzelnen Grundschulen in den bevölkerungsreichen und benachteiligten Stadtteilen Wilhelmsburg und Billstedt bis zu 95% den Freischwimmer-Pass nicht!

Heute stellen sich also die Verhältnisse im Schulschwimmen erheblich schlechter dar als vor einem Dreivierteljahrhundert! Die Verantwortung für diese krasse Fehlentwicklung trägt der Hamburger Senat. »Das flächendeckende Durchsetzen des Schwimmunterrichts wurde durch Nachlässigkeiten auf allen Ebenen in früheren Jahren versäumt«, konstatierte am 21. Februar der Sportausschuss der Hamburger »Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft« (GEW). Zwischenzeitlich hat die zuständige Behörde wohl erkannt, dass etwas grundlegend schief läuft, doch welche Konsequenzen hat sie in ihrer »Schwimmreform« seit 2006 gezogen?

- Die so genannten Wasserzeiten – also die Dauer, die die SchülerInnen aktiv im gut temperierten Nass verbringen sollten – sind von 18 auf 13,5 Stunden gekürzt worden.
- Das Schwimmenlernen wird in zunehmendem Maße aus den Schulen herausverlagert bzw. an im Durchschnitt päd-



agogisch nicht ausgebildete und schlechter bezahlte außerschulische Kräfte vergeben. Ähnliche Tendenzen zeichnen sich im nächsten Schuljahr übrigens auch für 15 Primarschulen ab, die als Pilotprojekt über private bzw. vereins-eigene so genannte Kindersportschulen eine »quantitative Ergänzung zum obligatorischen Sportunterricht« erfahren sollen.

- Last but not least: Die acht städtischen Lehrschwimmbecken sind in einem derart maroden Zustand, dass zwei seit einiger Zeit geschlossen sind. Diese Sportstätten sollen jetzt zwar saniert, aber letztlich dem Privatisierungswahn der grün-schwarzen Senatsparteien geopfert werden.

Am 28. März fand eine erstmalige Fachtagung der »Bäderland Hamburg GmbH« zum Thema Schulschwimmen statt und am 1. April wird die Bürgerschaft über das Thema und den weiteren Umgang mit den Lehrschwimmbecken hoffentlich nicht als Aprilscherz verhandeln. Deshalb im Folgenden etwas ausführlicher meine Position zu dieser Frage:

1. Ich halte das Vorhaben, die Lehrschwimmbecken samt dazu gehörigen Grundstücken an »wirtschaftlich leistungsfähige Träger« quasi zu verschenken, politisch, wirtschaftlich und pädagogisch für falsch.

2. Bereits im Jahre 2006 hat der Senat die acht Lehrschwimmbecken »gegen Übernahme der Verkehrsicherungsverpflichtung und der laufenden Betriebskosten Dritten überlassen«, wie es in einem Senatspapier vom Februar 2009 heißt. Damit wollte sich der Senat die anstehende Sanierung und die Kosten für den laufenden Betrieb vom Hals halten. Der »Hamburger Turnerbund von 1862 e.V.« hat sich mit den fünf von ihm übernommenen Lehrschwimmbecken schlicht verkalkuliert, konnte zuletzt die Betriebskosten nicht mehr zahlen, so dass ihm seitens der Behörde gekündigt wurde. Die »Bäderland Hamburg GmbH« hat den Betrieb zeitweilig übernommen, doch nun sind zwei (u.a. das Lehrschwimmbecken im Steinadlerweg im benachteiligten Viertel Schiffbek) »bis auf weiteres geschlossen«.

3. Nun möchte der Senat Mitte Juli 2009 die acht Lehrschwimmbecken an »leistungsstarke Träger« vergeben. Angesichts des inzwischen noch maroderen Zustandes ist er gnädig und stellt 2 Mio. Euro für die »Grundsanierung« zur Verfügung, wohlgerne nicht aus dem eigenen Etat, sondern aus Bundesmitteln im Rahmen des »Konjunkturpakets II«.

4. Der Senat will die acht Lehrschwimmbecken samt Grundstücken verschenken (»unentgeltlich übertragen«), auch wenn er sich eine Art Rückholungsrecht vorbehält (z.B. bei Insolvenz des Trägers). Diese Grundstücke samt Gebäuden haben nach eigenen Angaben immerhin einen Buchwert von insgesamt 3,36 Mio. Euro.

5. Der »Hamburger Sport-Bund« (HSB) hat eine baufachliche Untersuchung der Lehrschwimmbecken durchgeführt und daraus im August 2008 eine Kostenabschätzung abgeleitet. Danach sind für die »Grundsanierung« knapp 2,62 Mio. Euro nötig, es bleibt also im Verhältnis zum Förderbetrag in Höhe von 2 Mio. Euro eine Differenz von knapp 620.000 Euro. In bereits zitierten Senatspapier heißt es dazu lapidar: »Die Bereitstellung des Restbetrages liegt in der Verantwortung

der Träger.« Damit verschiebt der Senat die notwendige Sanierung zu fast einem Drittel an die nichtstaatlichen Träger. Es ist leicht vorstellbar, wie nicht nur die laufenden Kosten, sondern auch dieser Differenzbetrag eingespielt werden sollen: durch entsprechende Erhöhung der Eintrittspreise bzw. Untervermietung (an Schulen?) und eine Veränderung des Angebotsprofils.

6. Auch wenn der HSB das Auswahlverfahren finanziert und damit sicher ein (Mit-)Entscheidungsrecht hinsichtlich der Träger hat, bleibt festzuhalten, dass »auch Träger berücksichtigt« werden sollen, »die nicht Mitglied im Hamburger Sportbund« sind. Unterstellen wir einmal, dass es sich bei den HSB-Mitgliedsvereinen bzw. -verbänden um mehr oder weniger gemeinnützige Zusammenschlüsse handelt, kann das doch wohl nur heißen, dass auch rein wirtschaftlich orientierte Sportfirmen den Zuschlag bekommen können.

7. Um dieses Ziel abzusichern, sieht der Senat auch noch vor, dass die Träger ihre Lehrschwimmbecken entweder selbst nutzen oder »einem Dritten« überlassen können. Das könnte bedeuten, Geld damit zu verdienen, dass die Einrichtung an jemanden verpachtet wird, der weniger Interesse an der sozialen und pädagogischen Seite der Lehrschwimmbecken als vielmehr an der betriebswirtschaftlich und an Rendite orientierten Ausrichtung des Angebots hat. Und so heißt es denn konsequenterweise im Senatspapier, »dass die Nutzung vorrangig und überwiegend durch Sportvereine, Schwimmschulen, Kindertagesstätten, Schulen und private Schwimmgruppen o. Ä. erfolgt«. Das aber lässt viel Spielraum für ganz anders ausgerichtete Nutzungszusammenhänge, abgesehen davon, dass auch schon »private Schwimmgruppen« etc. wohl nur eingeschränkt als »gemeinnütziger Betrieb« angesehen werden können.

8. Besonders anschaulich ist in den Senatsunterlagen das Kapitel »Wirtschaftlichkeit«, wird doch darin ausgeführt, dass die Freie und Hansestadt Hamburg in nicht unerheblichem Maße »zukünftige Betriebs- und Personalkosten« einspart. »Die Träger, die die Lehrschwimmbecken übernehmen, können nur deshalb wirtschaftlich agieren, weil sie einen Teil der Leistungen über ehrenamtliches Engagement bestreiten und Sponsorengelder aktivieren können.« Das läuft darauf hinaus, dass sich der Senat nicht nur vor einer staatlichen Aufgabe drückt, sondern auch noch offen damit argumentiert, die Arbeit ja auch über die beteiligten Sportvereine ehrenamtlich abdecken zu können. Bisherige BademeisterInnen und SchwimmlehrerInnen gehen leer aus, das Schwimmen lernen wird minder qualifizierten Kräften überlassen.

9. Schwimmen, Sport und Kultur gehören zum Grundbestand einer entwickelten Gesellschaft und sind so zu gestalten, dass niemand von ihrer Nutzung sozial ausgeschlossen wird. Schwimmen ist eine Grundfertigkeit, die von der Gesellschaft bzw. von der Schule selbstverständlich und kostenfrei zu vermitteln ist. Den Ausstieg aus der staatlichen Verantwortung für die Lehrschwimmbecken lehne ich daher ab.

10. Anstatt sich der sport-kulturellen Verantwortung in den Bereichen Schwimmenlernen und Schulschwimmen zu stellen, betreibt der Senat eine Bewerbung für die Austragung



der Schwimm-Weltmeisterschaft 2013. Diese würde die Stadt etwa zehn Mal so viel kosten wie alle acht Lehrschwimmbecken zusammen und keinem einzigen Kind in Hamburg das Schwimmen beibringen.

Es ist eine sportpädagogische und -politische Bankrotterklärung, wenn der Senat sich immer wieder aus der Verant-

wortung stiehlt. Als LINKE müssen wir deshalb das hinter der Lehrschwimmbeckenproblematik stehende Konzept ablehnen und stattdessen dafür Sorge tragen, die bestehenden Einrichtungen in den Stadtteilen und Bezirken zu erhalten, zu sanieren und so sportliche Aktivitäten aller sozialen Schichten der Hamburger BürgerInnen zu ermöglichen.

## KIEK MOL: 180 mal Hamburg



Raus in die Stadt!

Die Tage werden wieder länger, die Sonne scheint häufiger und wärmer, da heißt es für Hamburgs Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive »Raus in die Stadt«. Insgesamt 14 Stadtteilinitiativen haben ihre Rundgangsangebote für 2009 vorgelegt. Sage und schreibe 180 Rundgänge zu stolzen 119 verschiedenen Themen sollen durchgeführt werden, wie dem neuen Programm »KIEK MOL 2009« entnommen werden kann. Im Mittelpunkt steht »Geschichte von unten«. Da geht es um Dulsbergs Arbeiterwohnquartiere der 1920er Jahre (4.4., 15 Uhr, Straßburger Platz) oder das proletarische »Barmbek basch« (9.5., 14 Uhr, Dehnhaike/Ecke Vogelweide); die »BarfußhistorikerInnen« begeben sich auf Spurensuche nach dem ehemaligen jüdischen Leben, z.B. in Eimsbüttel (4.4., 15 Uhr, U-Bahnhof Schlump) oder in Eppendorf (26.4., 15 Uhr, U-Bahnhof Kellinghusenstraße). Auch die aktuellen Entwicklungen sowie die sozialen und politischen Konflikte in den Vierteln werden berücksichtigt, beispielsweise mit Blick auf die neue »Edelmeile« St. Georg (16.4., 17.30 Uhr, Spadenteich/vor »Max & Consorten«) oder die »Boomtown« St. Pauli (16.5., 14 Uhr, Hein-Köllisch-Platz 12).

Hamburger Geschichtswerkstätten haben maßgeblich dazu beigetragen, dass »nichts und niemand« auch von den weniger berühmten Menschen vergessen wird. Um so ärger-

licher ist der Umgang des Senats mit ihnen, die nicht nur viele ehrenamtlich engagierte, jüngere wie ältere Menschen mobilisieren, sondern mit ihren Archiven, Publikationen und Veranstaltungen oft genug auch die Seele eines Quartiers darstellen. Selbst wenn der Senat jetzt die »Stiftung Hamburger Geschichtswerkstätten« besser ausstatten und den Etat der Initiativen um 100.000 Euro anheben will, steht den Gruppen und Einrichtungen weniger Geld zur Verfügung als Anfang der 2000er Jahre, was so manche Werkstatt inzwischen fast in die Knie gezwungen hat.

Deshalb heißt es im Vorwort zum neuen »KIEK MOL«-Programm zu Recht: »Was wir brauchen, ist eine kulturpolitische Kursjustierung. Die Benachteiligung der »kleinen« gegenüber der »großen« Kultur, der Stadteilkultur gegenüber der Metropol-Kultur muss wenigstens gemildert werden.«

Das Programm ist bei den Geschichtswerkstätten zu bekommen (im Internet unter [www.Hamburger-Geschichtswerkstaetten.de](http://www.Hamburger-Geschichtswerkstaetten.de)).



Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de](mailto:joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie mich an – zum Beispiel während meiner **Sprechstunde donnerstags von 16:00 bis 18:00 Uhr im BürgerInnenbüro der LINKEN in der Borgfelder Straße 83** –, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.